



NIEDERSCHRIFT

Sitzung:	Ausschuss für Schule und Soziales IV/5
Sitzungstag:	Mittwoch, den 06.07.2016
Sitzungsort:	Sitzungssaal des Rathauses, Marktplatz 1
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	18:40 Uhr

TAGESORDNUNG

1. Öffentliche Sitzung
 - 1.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
 - 1.1.1. Verpflichtung sachkundiger Bürger und Einwohner
 - 1.1.2. Anerkennung der Tagesordnung
 - 1.1.3. Einwohnerfragestunde
 - 1.2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse
Vorlage: M/2016/798
 - 1.3. Genehmigung von Dringlichen Entscheidungen gem. § 60 Abs. 2 GO NW

BEREICH SCHULE

- 1.4. Beschlüsse
- 1.5. Empfehlungen an den Haupt- und Finanzausschuss
 - 1.5.1. GPA-Teilbericht "Schulen der Hansestadt Wipperfürth im Jahr 2014"/Teilbericht Schülerbeförderung
Vorlage: V/2016/484
- 1.6. Empfehlungen an den Rat
- 1.7. Anfragen
- 1.8. Anträge
- 1.9. Mitteilungen
 - 1.9.1. Sachstandsbericht Konzept schulischer Inklusion
Vorlage: M/2016/726/1
 - 1.9.2. Sachstandsbericht Betreuungsangebote an Wipperfürther Schulen
Vorlage: M/2016/728/1

1.9.3. Sachstandsbericht Umsetzung gebundener Ganztage am EvB-Gymnasium
Vorlage: M/2016/795

1.9.4. Sachstandsbericht Umbau- und Ausbau KGS St. Antonius - Lehrerzimmer
Vorlage: M/2016/796

1.10. Verschiedenes

BEREICH SOZIALES

1.11. Beschlüsse

1.12. Empfehlungen an den Haupt- und Finanzausschuss

1.13. Empfehlungen an den Rat

1.14. Anfragen

1.15. Anträge

1.16. Mitteilungen

1.16.1. Sachstandsbericht Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern - mündl. Bericht

1.16.2. Sachstandsbericht Aktionsplan Inklusion
Vorlage: M/2016/789

1.16.3. Sachstandsbericht Konzept zur Integration von Flüchtlingen
Vorlage: M/2016/790

1.17. Verschiedenes

2. Nichtöffentliche Sitzung
- 2.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2.2. Anerkennung der Tagesordnung
- 2.3. Genehmigung von Dringlichen Entscheidungen gem. § 60 Abs. 2 GO NW

BEREICH SCHULE

- 2.4. Beschlüsse
- 2.5. Empfehlungen an den Haupt- und Finanzausschuss
- 2.6. Empfehlungen an den Rat
- 2.7. Anfragen
- 2.8. Anträge
- 2.9. Mitteilungen
- 2.9.1. Sachstandsbericht Betreuungsangebote an Wipperfürther Schulen
Vorlage: M/2016/794
- 2.10. Verschiedenes

BEREICH SOZIALES

- 2.11. Beschlüsse
- 2.12. Empfehlungen an den Haupt- und Finanzausschuss
- 2.13. Empfehlungen an den Rat
- 2.14. Anfragen
- 2.15. Anträge
- 2.16. Mitteilungen
- 2.17. Verschiedenes

Verwaltungsvertreter/in

Bürger, Ulrich	intern	
Kamphuis, Leslie	intern	
Klewinghaus, Dieter	intern	
Pupino, Sara	intern	
Stracke, Katja	intern	bis 18.00 h
Willms, Herbert	intern	

Schriftführerin

Sommer, Ramona	intern	
----------------	--------	--

Es fehlten:

Hewald, Georg	LINKE
Surborg, Joachim	CDU

1 Öffentliche Sitzung

1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende Herr Mederlet begrüßt die Öffentlichkeit, den Bürgermeister als Chef der Verwaltung, Frau Kamphuis, andere Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, den Leiter des RGM, den Kämmerer und den Leiter des Sozialamtes, sowie Herr Dr. Corssen von der BLZ. Besonders begrüßt er Herrn Oberberg als neuen stellvertretenden Schulleiter des E.v.B.-Gymnasiums.

Er stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

1.1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger und Einwohner

- entfällt -

1.1.2 Anerkennung der Tagesordnung

TOP 1.16.1 Sachstandsbericht Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern wird gemeinsam mit TOP 1.16.3 Sachstandsbericht Konzept zur Integration von Flüchtlingen behandelt.

Die Tagesordnung wird mit der genannten Änderung anerkannt.

1.1.3 Einwohnerfragestunde

Frau Heike Czubayko, Vorsitzende des Fördervereins der Evangelischen Schule Albert Schweitzer arbeitet in der 13+Betreuung. Sie teilt mit, dass die Schule jedes Jahr steigende Schülerzahlen hat. In der Betreuung sind in diesem Jahr 50 Kinder betreut davon 34 bis 16.00 Uhr und im kommenden Schuljahr sind 64 vorangemeldet, davon 39 bis 16.00 Uhr. Sie erläutert weiterhin, dass es keine Betreuungsräume in der Schule gibt und die Kinder im Foyer betreut werden. Sie bittet um Mitteilung, ob sich an der Betreuungssituation etwas geändert hat.

Frau Kamphuis erläutert daraufhin, dass sich die Betreuungssituation im gesamten Prüfbestand befindet, sei es eine OGS bei Notwendigkeit oder eine räumliche Änderung, um gemeinsam mit der Schulverwaltung und dem RGM bis zum nächsten Ausschuss Möglichkeiten aufzuzeigen. Sollten Baumaßnahmen beschlossen werden, müssten diese in die Haushaltsberatungen für die Jahre 2017ff. mit aufgenommen werden.

**1.2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse
Vorlage: M/2016/798**

Der Bericht wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

**1.3 Genehmigung von Dringlichen Entscheidungen gem. § 60 Abs. 2 GO
NW**

- entfällt -

BEREICH SCHULE

1.4 Beschlüsse - entfällt -

1.5 Empfehlungen an den Haupt- und Finanzausschuss

**1.5.1 GPA-Teilbericht "Schulen der Hansestadt Wipperfürth im Jahr
2014"/Teilbericht Schülerbeförderung
Vorlage: V/2016/484**

Der Ausschuss ist einverstanden mit dem Vorschlag des Vorsitzenden die heutige Sitzung als erste Lesung zum Thema Schülerbeförderung zu betrachten und ggfls vor der nächsten Sitzung des HFA (13.09.2016) eine weitere Sondersitzung des ASS vorzusehen und daher heute keine Empfehlung an den Haupt- und Finanzausschuss auszusprechen.

Frau Kamphuis erläutert kurz den wesentlichen Inhalt zur Vorlage der Schülerbeförderung.

Herr Kremer kritisiert den GPA-Bericht, der nun zu einer langfristigen Entscheidung führen muss. Er merkt die positive Übersicht der Verwaltung über die Schülerfahrtkosten an.

Herr Mederlet hat noch folgende einzelne Fragen, die Frau Kamphuis aussagekräftig beantwortet. Zudem wurde die OVAG zur ergänzenden Beantwortung kontaktiert. Diese nimmt wie folgt Stellung:

1. Wieviel km Entfernung werden im Durchschnitt für die 226 Kinder im Schülerspezialverkehr von der Dienstleistung zurückgelegt?

Im Schuljahr werden etwa 290.000 Km für die Beförderung der Grundschüler zurückgelegt. Bei 226 Schülern ergibt dies im Durchschnitt 1.285 Km pro Schüler pro Schuljahr. Die Km-Angaben können von Schuljahr zu Schuljahr jedoch unterschiedlich sein.

2. Ob die Kinder im Schülerspezialverkehr auch tatsächlich die

nächstgelegene Schule der gewählten Schulform aufsuchen oder ob es möglicherweise auch die zweitentfernteste Schule ist?

Die Kinder besuchen tatsächlich die nächstgelegene Schule der gewählten Schulform.

3. Ist geprüft worden welche Auswirkungen es für die Übermittagsbetreuung und die OGS hat, wenn der Schülerspezialverkehr eingestellt würde?

Wird keine Auswirkungen haben, da die OGS-Kinder schon jetzt nach der OGS nicht mitbefördert werden, da es sich bei der OGS um ein Angebot handelt, welches ergänzend zum planmäßigen Unterricht an Unterrichtstagen stattfindet. Die Teilnahme am Betrieb der Offenen Ganztagschule ist freiwillig und steht allen Schülerinnen und Schülern offen. Die anfallenden Beförderungskosten werden nicht übernommen.

Die Anzahl der Fahrzeuge für die Rückfahrten bleibt unverändert. Es ist letztlich unerheblich, ob z.B. bei einer Rückfahrt 15 anstatt 18 Schüler in einem Bus befördert werden.

4. Ist die räumliche Situation vor den Schulen genauer geprüft worden, wenn die 226 Schüler bei Abschaffung des Schülerspezialverkehrs von den Eltern zu Schulbeginn und Schulende gefahren werden? Welches Ausmaß hätte dies?

Nur grob. An- und Abfahrten zu Schulbeginn und –ende an den Grundschulen nehmen zum Teil erheblich zu. Insbesondere an den Standorten Agathaberg und Wipperfeld. Die Verkehrssituation am Busbahnhof und in der Innenstadt würde insbesondere durch die An- und Abfahrten zur Nikolaus- und Antoniussschule stärker belastet.

5. Inwieweit ist die Problematik mit den betroffenen Eltern besprochen worden? Bei Auflösung des Schülerspezialverkehrs tritt eine Änderung für das Schuljahr 2017/18 ein.

Bisher wurde die Problematik mit den betroffenen Eltern noch nicht besprochen. Sollte eine Änderung erfolgen, werden die Eltern rechtzeitig informiert.

6. Inwieweit zeigt die OVAG sich im Hinblick auf eine mögliche Ausgestaltung der Fortschreibung des bestehenden Vertrages flexibel? Ist der OVAG auch eine Neuausschreibung lieber und würde sie sich daran beteiligen?

Eine Anpassung des Vertrages erfolgte im Jahr 2001 (Preisfortschreibung) und im Jahr 2008 (zusätzliche Fahrzeuge). Eine Ausge-

staltung der Fortschreibung des bestehenden Vertrages ist im Bereich der Fahrzeugkapazitäten und Einsatzzeiten sicherlich möglich. Dies könnte aber zu einer Verschlechterung der Schülerbeförderung (längere Fahr- bzw. Wartezeiten für die Schüler) führen.

Da die OVAG einen Vertrag über Verkehrsdienste im Rahmen des öffentlichen Personennahverkehrs (Betrachtung) mit dem Aufgabenträger Oberbergischer Kreis geschlossen hat, wäre eine rechtliche Prüfung notwendig, ob die OVAG sich an der Ausschreibung beteiligen dürfte. Für die OVAG besteht aber die Möglichkeit, die Vergabe der Leistungen an die Auftragsunternehmer (Zimmermann, Höller etc.) auszuschreiben.

Frau Billstein erkundigt sich nach dem Beginn des Schülerspezialverkehrs, der nun einer langen Tradition entgegensteht. Sie bittet um Angaben der Einnahmen der freiwilligen Beförderung und um Fallangaben.

Der Vertrag zum Schülerspezialverkehr wurde am 31.07.1991 mit der OVAG unterzeichnet und trat mit dem Schuljahr 1991/1992 in Kraft. Dieser beinhaltet, dass die OVAG den Schülerspezialverkehr mit den hiesigen Busunternehmen Zimmermann, Höller, Lieth (jetzt Böcking), Ackerschott und Kürten durchführt.

Vor Vertragsabschluss mit der OVAG gab es einen Vertrag zur Schülerbeförderung mit den Taxenunternehmen Ackerschott, Höller, Lieth und Zimmermann. Wann dieser Vertrag abgeschlossen wurde, kann nicht nachvollzogen werden. Fakt ist, der Vertrag wurde zum Zweck der Kostenangleichung zum Schuljahresende 1990/91 von den Taxenunternehmen gekündigt.

Im Rahmen der freiwilligen Beförderung sind im Schuljahr 2014/2015 1.605,00 € bei 14 freiwillig beförderten Kindern eingenommen worden und im Schuljahr 2015/2016 1.320,00 € bei 13 Kindern.

Auf Nachfrage von Herrn Palubitzki, der Einsparungsmaßnahmen erfragt, wenn der Schulbus mittags ohne OGS-Kinder fährt, erläutert Frau Kamphuis, dass die OVAG pauschaliert fährt und somit keine Ersparnisse erfolgen, wenn weniger Kinder mitfahren.

Eine Abrechnung pro Kind ist nicht möglich, da die Kinder unterschiedliche Fahrstrecken zurücklegen und zu mehreren Kindern in einem Fahrzeug befördert werden.

Im Übrigen wird hier auch auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen.

Im Wege der familienfreundlichen Lösung äußert Herr Palubitzki ebenfalls den Wunsch, die freiwilligen Kosten aufzustellen, wenn eine Beförderung von OGS-Kindern am Nachmittag innerhalb des Schülerspezialverkehrs durch die Stadt Wipperfürth übernommen würde.

Eine Kostenaufstellung für die Beförderung der OGS-Kinder am Nachmittag innerhalb des Schülerspezialverkehrs ist so nicht mög-

lich, da je nach Wohnort der Schüler einzelne Touren sinnvoll zusammengestellt werden müssten. Danach müsste eine Preisabfrage bei den verschiedenen Auftragsunternehmen erfolgen.

Herr Brücker fügt zu obigem Thema hinzu, dass sich ja immer mehr Kinder für die OGS anmelden. Ob es nicht doch möglich sei, die Rückfahrten speziell abzurechnen, umso Kosten zu sparen.

Der zeitliche Rahmen für die Rückfahrten wird derzeit voll ausgeschöpft. Inwieweit es Sinn macht, jede einzelne Rückfahrt speziell abzurechnen, kann nicht beurteilt werden. Bei einer speziellen Abrechnung für jede Rückfahrt würde aber ein enormer zusätzlicher Verwaltungsaufwand entstehen, da die Rückfahrten täglich unterschiedlich sein können. Hier müsste jede einzelne Rückfahrt nachgehalten werden.

Herr Mederlet stellt noch einmal die Kritik der GPA über die gestiegenen Kosten des Schülerspezialverkehrs dar, der mit im Jahr 1991 angefangenen Kosten von 2.000.000 DM jährlich heute deutlich auf 1.300.000 € gestiegen ist. Es muss eine Kostennutzenanalyse erstellt werden. Hierbei misst sich die Qualität einer Schulstadt auch mit dem Erhalt möglichst vieler Schulstandorte; Stichwort „Kurze Beine-Kurze Wege“. Die aktuelle Debatte diene eben auch dazu die (freiwilligen) Leistungen der Stadt transparent zu machen. Zudem sei dies, so Herr Mederlet, eben auch eine Frage von Prioritäten, die in der Zuständigkeit des Rates liegen. Eine Erhöhung der Kosten für eine freiwillige Beförderung von 15 Kindern (Punkt A) würde im übrigen keine haushalterischen Probleme lösen. Der Schülerspezialverkehr sei ein Steuerungselement für die Stärkung von Schulstandorten, erst recht seitdem die Schulbezirksgrenzen abgeschafft worden seien.

Herr Brücker spricht die aufgeführten Argumente der Stadtverwaltung für die evtl. Aufgabe des SchülerspezV an, wie z.B., dass die eingesparten Ausgaben dann für Schulstandorte/Inklusion, Betreuungsangebote und Erhaltung sowie Schulhofgestaltung und Ganztagsausbau etc. eingesetzt werden könnten. Er plädiert dafür auch diese Argumente in die Abwägung einzubeziehen. Und dies könnte bei frühzeitiger Diskussion in Transparenz mit den Eltern für eine evtl. Abschaffung des Schülerspezialverkehrs sprechen.

1.6 Empfehlungen an den Rat

- entfällt -

1.7 Anfragen

- entfällt -

1.8 Anträge

- entfällt -

1.9 Mitteilungen

1.9.1 Sachstandsbericht Konzept schulischer Inklusion Vorlage: M/2016/726/1

Herr Mederlet bedankt sich für den umfangreichen Zwischensachstandsbericht der Schulen und der Verwaltung zur schulischen Inklusion. Er bittet aber darum, dass das erste Konzept nun auch zeitnah zur Beratung vorgelegt wird.

Frau Caspers bemerkt hier eine Steigerung der Schülerzahlen des sonderpädagogischen Bedarfs an Grundschulen und bittet hier, in Zukunft ein Augenmerk drauf zu legen.

Frau Billstein äußert hierzu, dass in der heutigen Zeit eine größere positive Akzeptanz der Gesellschaft vorhanden ist, dass Kinder, bei denen ein sonderpädagogischer Bedarf diagnostiziert wurde, die Eltern nunmehr ein Wahlrecht haben, dass ihr Kind auf eine Regel- oder Förderschule geht.

Herr Ballert fragt nach, ob für die Förderkinder ein Spezialförderbedarf besteht oder ob diese mit dem Schülerspezialverkehr fahren. Frau Kamphuis erläutert Herrn Ballert bezugnehmend auf seine Frage, dass diese Kinder hauptsächlich mit dem Schülerspezialverkehr gebracht werden und nicht eigens befördert werden.

1.9.2 Sachstandsbericht Betreuungsangebote an Wipperfürther Schulen Vorlage: M/2016/728/1

Herr Mederlet weist auch hier auf den umfangreichen Zwischensachstandsbericht hin. Auch hier ist eine Thematisierung für die nächste Sitzung vorgesehen. Bei der aktuellen Bedarfsabfrage wird dargestellt, dass mehr OGS-Plätze benötigt werden. Daher hat hier eine weitere mittel- bis langfristige Bedarfsplanung von Betreuungsangeboten im Sinne der Qualität des Schulstandortes Priorität. Herr Mederlet greift die in der Einwohnerfragestunde offenbarte Darstellung von Mehr-Betreuung an der EGS Albert Schweitzer auf und weist darauf hin, dass die Umsetzung des Bedarfs dann auch haushaltstechnisch Berücksichtigung finden müsse. Er hält die Auflage eines „Goldenen Plan Über-Mittag-Betreuung“ für erstrebenswert. Eine tiefergehende Thematisierung ist im nächsten Ausschuss vorgesehen.

Frau Billstein bittet darum, die Bedarfe von Randzeitenbetreuung der OGS-Kinder bei vollzeitbeschäftigten Alleinerziehenden mit zu berücksichtigen. 2/3 aller Alleinerziehenden müssen SGB II-Leistungen beziehen, weil sie einer Vollzeitstelle u.a. aufgrund von fehlender Betreuung/Betreuungszeiten nicht nachgehen können.

Hier macht Frau Kamphuis aufmerksam, dass eine enge Zusammenarbeit

mit den betroffenen Ämtern bzgl. der Überprüfung stattfindet. Zudem wird die Umfrage des letzten Jahres zur den Betreuungsbedarfen herangezogen, aber auch Regelungen anderer Kommunen um Standards aufzustellen und die Qualität zu verbessern.

1.9.3 Sachstandsbericht Umsetzung gebundener Ganztage am EvB-Gymnasium **Vorlage: M/2016/795**

Herr Klewinghaus stellt zum Sachstandsbericht die Verzögerung des Baubeginns eindeutig und nachvollziehbar dar. Er führt aus, dass ein anspruchsvolles Projekt auch immer mit einem bürokratischen Aufwand verbunden und von politischen Prozessen mit Grundsatzentscheidungen im haushaltstechnischen Bereich abhängig ist. Von einer Verzögerung des Projekts durch die Politik kann hier nicht ausgegangen werden, wenn auf die Genehmigung der Haushaltsansätze 4 Monate gewartet wird.

Herr Kremer weist auf Terminrisiken hin, auf die man im Ausschuss am 16.03.2016 schon hätte hinweisen können. Herr Klewinghaus führt aus, dass Abstimmungen insgesamt mehr Zeit in Anspruch genommen haben, die im Bauausschuss noch nicht vorauszusehen waren.

Frau Kamphuis informiert über weitere zusätzliche Gespräche und Planungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Aufstellung von Einsparungsmaßnahmen im Arbeitskreis Ganztage und in Zusammenarbeit mit dem RGM, Schulamt und der Schulleitung, die notwendig waren um alles abzustimmen. Auch hier ist der zeitliche Aspekt notwendig gewesen.

Herr Kremer erkundigt sich, ob der Ganztage im Jahr 2017 stattfinden kann. Daraufhin teilt Herr Klewinghaus, dass der Ganztage planmäßig verläuft, in Abstimmung mit der Schule werden entsprechend die weiteren notwendigen Räume im bestehenden Schulgebäude umgebaut und zur Verfügung gestellt. Die Verpflegung wird weiterhin bis zur Fertigstellung des Mensabaus im EvB-Bistro stattfinden. Die Ressourcen sind ausreichend und werden sichergestellt.

Auch Herr Mederlet äußert sich positiv über das gute neue Projekt, welches jetzt zum neuen Schuljahr startet und hofft, dass die Bürger erfahren, dass neue Entwicklungen und Ideen dennoch auch mit einer zeitlichen Verzögerung positiv umgesetzt werden können. Hiervon profitiert die Schulstadt natürlich ganz wesentlich. Er wünschte sich allerdings noch mehr Werbung für das Angebot in den Nachbarstädten. Herr Klewinghaus bestätigt daraufhin, dass Abstimmungs- und Umbaumaßnahmen wie geplant zum Ganztage anlaufen.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird die Sitzung unterbrochen und dem neuen stellv. Schulleiter des EvB Gelegenheit gegeben sich als Experte zum Projekt zu äußern. Herr Oberberg bedankt sich bei der Politik für die Zuverlässigkeit der Beschlüsse und der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit bei der Umsetzung der Planung und der Kooperation mit der Schule, die ihre Ideen einbringen kann. Er sieht den Neubau zum Ganztage

in einem guten zeitlichen Rahmen und der kompletten Verwirklichung positiv entgegen.

1.9.4 Sachstandsbericht Umbau- und Ausbau KGS St. Antonius - Lehrerzimmer

Vorlage: M/2016/796

Herr Palubitzki fragt nach, ob sich der anfangs kalkulierte Preis hält, da sich die Umbaumaßnahmen auf die preiswertere Lösung beschränken. Hierzu führt Herr Klewinghaus aus, dass sich die Planungssumme nicht geändert hat und sich Einsparungsmaßnahmen aber bei den Planungsleistungen ergeben könnten. Genaue Einsparungen können aber erst beziffert werden, wenn die Planungsmaßnahmen weiter fortgeschritten sind. Herr Klewinghaus bejaht die weitere Frage von Herrn Palubitzki, dass man ein Plus an Mehrleistung für die anfangs kalkulierte Summe erhält.

Herr Mederlet erinnert an den Antrag der SPD-Fraktion zum HH 2016, nämlich eben auch die Pavillonlösung zu favorisieren, um dadurch für die nahezu selbe Investitionssumme ein Plus an Raum für die Schule/OGS zu erhalten. Die Platznot sei ja schon länger bekannt. Er regt an bei der Umsetzung des Projektes auf die Begrünung zur Ansicht zur Flurstraße zu achten, um somit die Gebäudeansicht für die Anwohner der Flurstraße positiv zu gestalten.

Frau Caspers erkundigt sich nach den Brandschutzmaßnahmen, speziell für das Dach. Herr Klewinghaus stellt klar, dass die Brandschutzsanierung das gesamte Gebäude betrifft. Auch für Modulbauten muss der Brandschutz sichergestellt sein. Ein Brandschutzkonzept wird noch für die gesamte Schule erstellt.

1.10 Verschiedenes

- entfällt -

BEREICH SOZIALES

1.11 Beschlüsse

- entfällt -

1.12 Empfehlungen an den Haupt- und Finanzausschuss

- entfällt -

1.13 Empfehlungen an den Rat

- entfällt -

1.14 Anfragen

- entfällt -

1.15 Anträge

- entfällt -

1.16 Mitteilungen

1.16.1 Sachstandsbericht Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern - mündl. Bericht

sh. hierzu TOP 1.16.3

1.16.2 Sachstandsbericht Aktionsplan Inklusion Vorlage: M/2016/789

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

1.16.3 Sachstandsbericht Konzept zur Integration von Flüchtlingen Vorlage: M/2016/790

Herr Bürger führt zu TOP 1.16.1 aus, dass die Zuweisung von Flüchtlingen bis Mai 2016 relativ entspannt verlaufen sei. Von Anfang des Jahres bis zur Sitzung des Ausschusses wurden 32 Asylbewerber aufgenommen. Am 15.06.2016 erreichte die Hansestadt Wipperfürth eine Verfügung der Bezirksregierung Arnsberg mit einer erneuten Aufnahmeverpflichtung von Asylbewerbern/Flüchtlingen. Wipperfürth erfülle nur eine Aufnahmequote von 72 %, d.h. 120 Asylbewerbern müssten eigentlich aufgenommen werden. Daraufhin wurden der Bezirksregierung alle bereits angemieteten freien Wohnungen mitgeteilt, mit der Bitte um entsprechende Zuweisung, insbesondere von Familien. Nunmehr sind seit Anfang Juni 71 Einzelpersonen bzw. Familien zugewiesen worden, die alle dezentral in Wohnungen untergebracht werden konnten. Damit bestünde weiterhin eine Aufnahmeverpflichtung für weitere 54 Personen. Derzeit werden einige wenige Flüchtlinge vom Balkan ausreisepflichtig gemacht, andere reisen freiwillig aus, um nicht abgeschoben zu werden, sodass hier auch wieder Wohnungen zur Aufnahme frei werden. Durch die gute Zusammenarbeit mit WippAsyl und der Hilfe der Ehrenamtlichen gelingt diese Zuweisung von vielen Menschen auf einmal sehr gut und reibungslos. Je nach weiterer Zuweisung und ihrer Zusammensetzung werden dann das Haus auf dem Silberberg, der Wipperhof und weiterhin die Bahnstraße 7, wo noch Plätze frei sind, belegt.

Herr Flosbach erkundigt sich nach den Nationalitäten der Asylbewerber.

Herr Bürger klärt auf, dass die meisten Flüchtlinge Syrier sind, aber auch Asylbewerber aus Afghanistan, Irak, Iran, Somalia etc. Bei der letzten Zuweisung waren ebenfalls Familien aus Russland dabei.

Herr Palubitzki lobt die gesamte Verwaltung sowie die Ehrenamtlichen für ihren tollen Einsatz. Der soziale Frieden wird hier in der Hansestadt Wipperfürth gelebt.

Diesem Lob schließt sich Herr Mederlet an. Er betont zudem, dass auch besonders die präventiven Maßnahmen (z.B. Wohnraumbevorratung) de-eskalierende Wirkung haben. Letztlich wird es außerdem darauf ankommen ein Konzept der Integration zu entwickeln – mit den Bürgern, den engagierten Ehrenamtlichen, der Wirtschaft, den Vereinen, den Schulen, den Institutionen etc. Deshalb habe der Rat auch einstimmig die Erarbeitung eines solchen Integrationsplans beschlossen.

Frau Pupino, führt zu TOP 1.16.3, nunmehr die Kernpunkte ihrer Arbeit als Koordinatorin für Asyl, Integration und Inklusion wie folgt aus:

Aktuell fertigt sie eine Bestandsaufnahme aller bereits vorhandenen integrativen Maßnahmen und Angebote in Verbindung mit allen Ehrenamtlichen und Hauptakteuren sowie einer Statistik auf allen Ebenen an.

Frau Billstein spricht an, dass Thema Abschiebung oder Rückkehr bei den Flüchtlingen aber auch bei den Paten emotional besetzt ist. Sie weist ebenfalls auf die vielen neuen Gesetzesänderungen und -neuerungen, z. B. das Asylpaket 1 und 2, das Integrationsgesetz. Viele diese Neuerungen sind den Paten/Ehrenamtlichen nicht bekannt bzw. schwer zu verstehen. Daher wäre eine Informationsveranstaltung oder/und eine einheitliche Übersicht/Zusammenstellung über die Gesetzesänderungen für alle Ehrenamtlichen/Paten, die in erster Linie Ansprechpartner auch in rechtlichen Dingen sind, wünschenswert.

Herr Bürger spricht einen Dank an Herrn Ballert aus, der zurzeit mit den Familien Kontakt aufnimmt und die Schulanmeldungen durchführt, ein großes Dankeschön wird auch an alle Paten ausgesprochen.

1.17 Verschiedenes

- entfällt -

2 Nichtöffentliche Sitzung

2.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Mederlet stellt fest, dass die Nichtöffentlichkeit hergestellt ist, die Einladung ordnungsgemäß erfolgte und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

2.2 Anerkennung der Tagesordnung

Änderungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

2.3 Genehmigung von Dringlichen Entscheidungen gem. § 60 Abs. 2 GO NW

- entfällt -

BEREICH SCHULE

2.4 Beschlüsse

- entfällt -

2.5 Empfehlungen an den Haupt- und Finanzausschuss

- entfällt -

2.6 Empfehlungen an den Rat

- entfällt -

2.7 Anfragen

- entfällt -

2.8 Anträge

- entfällt -

2.9 Mitteilungen

2.9.1 Sachstandsbericht Betreuungsangebote an Wipperfürther Schulen Vorlage: M/2016/794

2.10 Verschiedenes

- entfällt -

BEREICH SOZIALES

- entfällt -

Frank Mederlet
- Vorsitzender -

Ramona Sommer
- Schriftführerin -